

11.06.2013

Ergebnisse und Konsequenzen der Studie „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in München“ im Stadtrat vorstellen und diskutieren

Antrag:

Der Stadtrat möge beschließen:

Die Ergebnisse und Konsequenzen der Studie „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in München“, die gemeinsam von der Fachstelle gegen Rechtsextremismus und der Ludwig-Maximilians-Universität München durchgeführt wurde, werden im Stadtrat vorgestellt und diskutiert. Um Konsequenzen und Maßnahmen für München ableiten zu können, werden zu der Vorstellung der Studie auch ExpertInnen aus dem Bereich der kommunalen Beratung (z.B. im Hinblick auf Rechtsextremismus/-populismus) sowie VertreterInnen der Bezirksausschüsse eingeladen.

Begründung:

Die Fachstelle gegen Rechtsextremismus der LH München hat gemeinsam mit der Ludwig-Maximilians-Universität eine Studie mit dem Titel „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in München“ durchgeführt. Dabei nahmen (nach einer gebietsbasierten Zufallsauswahl) 1139 TeilnehmerInnen an einer schriftlichen Befragung im Zeitraum Februar bis März 2013 teil. Die Teilnehmenden waren im Alter zwischen 18 bis 92 Jahren und bestanden aus 46 % Männern und 53,6 % Frauen. Unter dem Überbegriff der Menschenfeindlichkeit wurden die folgenden Bereiche abgefragt: Frauenfeindlichkeit, Ablehnung Homosexueller, Antisemitismus, Ausländerfeindlichkeit, Ablehnung behinderter Menschen, Befürwortung Nationalsozialistischer Überlegenheit, Abwertung von Obdachlosen, Abwertung von Langzeitarbeitslosen und Islamophobie.

Die Ergebnisse der oben genannten Studie sind schockierend und zeigen, wie wichtig das Thema gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF) für die LH München ist, um das Ziel einer offenen und toleranten Stadtgesellschaft zu erreichen. Insbesondere im Bereich des Rechtsextremismus und Rechtspopulismus versuchen sich derzeit verschiedene Gruppierungen aktiv gegen eine weltoffene und tolerante Stadtgesellschaft zu positionieren. Dies wurde nicht zuletzt durch die Anschläge rechtsorientierter Gruppierungen auf Einrichtungen linker und antirassistischer Organisationen und Projekte bzw. ein für die Nebenkläger im NSU-Prozess tätiges Anwaltsbüro, deutlich. Diese Anschläge wollten offensichtlich einschüchtern und ein Klima der Angst erzeugen, in dem man antirassistische und linke Meinungen und Einstellungen nicht mehr öffentlich zu formulieren wagt. Vor diesem Hintergrund hat der Stadtrat ein besonderes Interesse daran, die Ergebnisse der Studie zu erfahren und unter Einbindung kommunaler ExpertInnen und der Bezirksausschüsse mögliche Konsequenzen und Maßnahmen gegen GMF in München zu diskutieren. Da GMF auch im Hinblick auf die im März 2014 bevorstehende Kommunalwahl ein wichtiges Thema ist, das für einen populistischen Wahlkampf missbraucht werden könnte, sollte die Studie bis spätestens Oktober 2013 im Stadtrat diskutiert werden.

Fraktion Die Grünen-rosa liste

Initiative:

Gülseren Demirel

Jutta Koller
Anja Berger
Dr. Florian Roth
Sabine Nallinger
Lydia Dietrich